Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Nationaltrachten
tiroler, bayrischer und schweizer Alpenländer empfiehlt
Jos. Fiechtl aus **Tirol**, Schlossstr. **23**, part. u. I. Etage.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Oswald Funke, Schirmgeschäft
Bürgerstr. 44 **Dresden-Pieschen** Bürgerstr. 44
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die
„Dresdner Nachrichten".

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Blutreinigungs-Tee
zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Säfte, bewirkt reichlichen und schmerzlosen Stuhlgang, zu jeder Jahreszeit anzuwenden. Paket 1 Mark.
Prompter Versand nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 37. Spiegel: Das französische Heer. Hofnachrichten, Eisenbahnrat, Fahnenweihe, Stellenvermittelung der Kellner, Gerichtsverhandlungen. Schneiders Damenchor, Konzert Paul Colberg, Kunstverein. | Mutmaßliche Witterung: **Mild, bedeckt.** | **Freitag, 6. Februar 1903.**

Das französische Heer.

Die Fälle der Unbotmäßigkeit in der französischen Armee mehren sich in einem Maße, daß sie allmählich selbst von denjenigen Politikern jenseits der Vogesen als bedenkliche Symptome bewertet werden, die bisher von der unfehlbaren Wirkung der militärischen Demokratisierungsmaßnahmen des herrschenden Regimes überzeugt waren. Die massenhaften Gehorsamsverweigerungen, die neuerdings vorgekommen sind, lassen erkennen, wie in Wirklichkeit der Effekt beschaffen ist, den die Reformbestrebungen erzielen, mit denen die radikale Republik im Bunde mit dem revolutionären Sozialismus das Heer systematisch zu republikanisieren sucht. Die dritte Republik hat ihre Armee durch die allgemeine Wehrpflicht, durch deren Durchführung bis in die äußersten Konsequenzen, sowie durch technische Ausbildung und Ausrüstung, wobei mit den finanziellen Mitteln niemals gegeizt wurde, wohl ohne Frage auf eine weit höhere Stufe der Vollendung und Schlagfertigkeit gebracht, als es jemals zuvor der Fall gewesen sein dürfte; ob sie aber auch den moralischen Geist des Heeres, insbesondere militärische Zucht und Disziplin, zu vervollkommnen verstanden hat, muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre, die den unausgeglichenen Gegensatz zwischen der Republik und ihrer Armee immer wieder zur Erscheinung gebracht haben, entschieden bezweifelt werden.

Der Zersetzungsprozeß, der allem Anschein nach unaufhaltsam in dem französischen Heere fortschreitet, ist die naturgemäße Begleiterscheinung der innerpolitischen Entwicklung der Republik zur radikalen Demokratie. So lange die Republik noch in den Bahnen einer einigermaßen konservativen, gemäßigten Politik gesteuert wurde, vermochte der Widerspruch, der nach dem Sturze des napoleonischen Kaiserreichs zwischen dem Geiste der Wehrmacht und dem Geiste des Regimes von Anfang an bestand, nicht in gefährlichen Konflikten zu tage zu treten, zumal der Revanchegedanke lange Jahre hindurch eine Uebereinstimmung der militärischen mit den nationalen und republikanischen Ueberzeugungen aufrecht erhielt. Mit ehrlichstem Eifer traten nach der Katastrophe des Feldzuges von 1870/71 die Republikaner ohne Unterschied der Parteistellung für die denkbar kräftigste Stärkung des Heeres ein, und während in der Politik die konservative Strömung die geltende blieb, war das Verhältnis der Armee zu der bestehenden Regierungsform ein erträgliches, zum Teil sogar ersprießliches. Ein bis in die Knochen republikanisches Heer vermochte die dritte Republik freilich von Haus aus nicht zu besitzen. Bei der Reorganisation der Landesverteidigung nach den Niederlagen des Krieges mit Deutschland war sie darauf angewiesen, ihre neue Militärmacht auf den Trümmern dessen erstehen zu lassen, was von den kaiserlichen Heeren Napoleons III. noch übrig geblieben war. Das republikanische Heerwesen Frankreichs konnte nicht auf durchaus neue, dem Geiste der neuen Staatsform völlig angepaßte Grundlagen gestellt werden, sondern es übernahm aus dem vorausgegangenen Cäsarismus Elemente und Strömungen, die ihrem Ursprunge und ihrem ganzen Wesen nach niemals vollständig in dem Republikanismus aufgehen konnten. Die französischen Machthaber nach 1870 hatten bei ihrem militärischen Reorganisationswerk um so weniger freie Hand, als für sie dabei der maßgebende Gedanke war, die Revanche gegen Deutschland sobald als möglich zu verwirklichen. So waren sie außer Stande, sich ein neues, in erster Linie republikanisches Offizierskorps für ihre Armee zu schaffen, sondern sie mußten, da sie ja baldmöglichst wieder losschlagen wollten, den alten, teils imperialistischen, teils royalistischen Offizieren die neuen Armeegebilde anvertrauen; gleichzeitig verhinderten der Egoismus der neuen republikanischen Herren und ihre Mißwirtschaft die Ausdehnung der republikanischen Ideen gerade in denjenigen Kreisen am meisten, denen das Offizierkorps angehörte und aus denen es sich vorzugsweise rekrutierte. Statt republikanisch zu werden, wurde das Offizierkorps der Armee der Republik von Jahr zu Jahr immer monarchistischer, klerikaler und antirepublikanischer; es stellte einen klerikal-monarchistischen Staat innerhalb der Republik dar. Das zeigte sich besonders während der Dreyfus-Affäre und seit die Republik sich entschlossen hat, den Kampf gegen den Ultramontanismus aufzunehmen und durchzuführen, dessen Plan es offenbar ist, im Bunde mit der frondierenden Aristokratie und allen sonstigen antirepublikanischen Elementen die Republik zu stürzen.

Es muß heute als eine hinlänglich erwiesene Tatsache gelten, daß zwischen der französischen Republik und ihrer Armee eine Kluft besteht, die sich kaum noch überbrücken läßt, und zwar hauptsächlich deshalb nicht, weil der Geist, den das gegenwärtig herrschende demokratisch-sozialistische Regime auch dem Heere einpflanzen will, im letzten Grunde antimilitärischer Natur ist. Der Radikalismus, zumal in seiner heutzutage in Frankreich unvermeidlichen sozialistischen Färbung, wirkt auch auflösend auf den militärischen Geist. Eine rein demokratische Staatsform revolutionären Ursprungs und mit starker Neigung zum extremen Sozialismus ist auf die Dauer unvereinbar mit einem stehenden Heere. Die Eifersucht auf den Offizierstand als wirklich oder vermeintlich privilegierte Klasse und die Gegnerschaft gegen das Militär als konservative, vom Volkswillen nicht direkt abhängige Macht, sind die logischen Konsequenzen des republikanischen Gleichheits- und Freiheitsbegriffes. Kein Wunder, daß unter einem jahrelangen, demokratisch-sozialistischen, antimilitärischen Regime der Militärdienst in Frankreich in steigendem Maße unpopulär geworden ist. Als beachtenswert verdient hier folgende Aeußerung des Akademikers und Kriegsgeschichtschreibers Henry Houssaye angeführt zu werden: „Man muß feststellen, daß die jungen Leute immer weniger freudig Soldaten werden. Eine lange Friedensperiode, die Höhe der Löhne, das Wachsen des Wohlstandes, die Ideen der Unabhängigkeit, die sozialistischen Theorien, die Angriffe gegen die Armee und vielleicht die häßlichen Uniformen und die geringe Gelegenheit zu Abenteuern haben dem militärischen Geiste arg zugesetzt. Man tut seinen Dienst ohne Eifer, ohne Vergnügen und macht aus der Not eine Tugend." Wie man in weiten Kreisen Frankreichs schon vor neun Jahren urteilte, geht ferner aus einem damaligen „L'armée" überschriebenen Artikel des „Figaro" hervor, worin es u. a. hieß: „Es gibt eine instinktive Unvereinbarkeit der Gesinnungen zwischen der Republik und dem Heere. Der Republikaner — nach Partei oder nach Lehre — ist der moralische Gegensatz zum Soldaten: er kann ihn weder verstehen noch lieben. Die professionellen Tugenden, die heldenmütigen Dienstleistungen, die man für die wesentlichsten Grundsätze des Heeres erachten muß, die Disziplin, die Selbstverleugnung, die Entsagung, die Opferwilligkeit, der passive und stumme Gehorsam, das freiwillige Aufgeben der Persönlichkeit gegenüber der unpersönlichen Autorität des Befehls sind für ihn nicht allein tote Buchstaben, sondern sie bilden in seinen Augen ebenso viele bürgerliche Untugenden und erscheinen ihm als solche unannehmbar. Der Begriff, den er mit dem „Bürger" verbindet, ist genau das Gegenteil der Verpflichtungen, die den Soldaten machen. Es sind dies: die Selbstherrlichkeit der Person, das Widerstreben gegen die feste Ordnung, die Ableugnung jeder Rangordnung, die Lust zur Kritik und zur Auflehnung gegen jede Autorität und Ueberlieferung, das Dogma von der allgemeinen Gleichheit und der natürliche Trieb zur Gleichmacherei."

Es ist selbstverständlich, daß die direkt antimilitärischen Einflüsse der Sozialdemokratie, seit diese regierungsfähig geworden ist, wachsen müssen. Nicht mehr allzu lange kann es dauern, bis die Gehorsamsverweigerungen von gemeinen Soldaten, die vom Geiste eines Millerand oder Jaurès erfüllt sind, eine mindestens ebenso alltägliche Erscheinung sein werden, wie gegenwärtig die mehr oder minder offenen Auflehnungen von Offizieren aller Chargen gegenüber den Maßnahmen der Regierungspolitik. Ist in Frankreich die Sozialdemokratie in dem Heere einmal erst ein beachtenswerter Faktor geworden, so wird der Anspruch der französischen Patrioten, ein starkes nationales Heer zu besitzen, nur noch eine Utopie sein.

Neueste Drahtmeldungen vom 5. Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4).

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei mit dem Antrag auf Revision der Wahlkreis-Einteilung wird fortgesetzt. — Abg. Ledebour (Soz.) erklärt, seine Freunde seien Gegner aller Ausnahmegesetze, also auch des Jesuitengesetzes, und kündigt zu der in Aussicht gestellten Vorlage betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses einen Antrag auf Vornahme der Wahlen an einem Sonntag an. Da Abg. Spahn hierzu den Kopf schüttelt, bemerkt Redner: Weshalb sollte es denn bei uns nicht möglich sein, an einem Sonntage zu wählen, da dies doch in so katholischen Ländern wie Frankreich und Belgien geschieht? Die Diätenfrage anlangend, so werde es nachgerade von allen bürgerlichen Parteien als schwerer Nachteil empfunden, nicht ohne pekuniäre Rücksichten den geeignetsten Vertreter in den Reichstag wählen und die Parole ausgeben zu können: Die Fasanenjäger hinaus und die rührigen Elemente hinein! Der Resolution Barth-Müller würden seine Freunde selbstverständlich zustimmen. Der Reichskanzler habe einmal im Anfange seiner Kanzlertätigkeit gesagt, wir kennten ihn ja noch nicht. Nun, heute kennen wir ihn, und wir sind jedenfalls mit ihm auf keinem Gebiete seiner politischen Tätigkeit einverstanden. Seine Weltpolitik ist viel zu abenteuerlich und schneidig, so auch gegenwärtig in Venezuela. Unsere ganze Renommierpolitik ist nur geeignet, unseren Handel und unsere Schiffahrt auf das Schwerste zu schädigen. Diese Hans-Dampf-Politik auf allen Meeren schafft im Auslande nur Erbitterung gegen uns. Ebenso schädlich ist unsere angespannte nationale, richtiger chauvinistische Politik im Inlande, so die Polenpolitik. Redner verliest u. a. die Marienburger Kaiserrede, die noch dazu in Anwesenheit englischer Offiziere gehalten worden sei. Ein solcher Aufruf zum Kampfe gegen polnischen Uebermut, gerichtet auch an englische Offiziere, sei freilich Sache des Geschmacks, ebenso der Ausruf eines preußischen Ministers im Abgeordnetenhause: Hie Welf, hie Waibling! Alles das sei unmotivierte künstliche Ueberanspannung des Nationalgefühls. Wo hat sich denn der polnische Uebermut derart gezeigt, daß so zum Kampfe gegen ihn aufgefordert werden müßte? Damit verschärfe man nur den Nationalitätenhaß und leiste außerdem der Korruption Vorschub. — Reichskanzler Graf Bülow: Ich habe seit fünf bis sechs Jahren bewiesen, daß ich eine abenteuerliche Politik nicht liebe. Das zeigt Samoa, ferner China, aus dem wir mit ungeschwächten Kräften herausgekommen sind, das zeigt auch unser Verhalten in Venezuela, wo wir uns in den Bahnen ruhiger Besonnenheit halten. Wir wollen, gemeinsam mit England und Italien, nichts anderes, als Sicherheit, Leben und Eigentum unserer dortigen Landsleute schützen. Wenn Herr Ledebour meinte, wir brauchten keine Kriegsflotte, so stimmt das auffällig überein mit einer Aeußerung, die vor fünfzig Jahren ein fremder Politiker machte, und die darauf hinauslief: Was braucht Deutschland eine Flotte? Ich glaube, die Mehrheit des deutschen Volkes wird daran festhalten, daß wir zur Verteidigung unserer überseeischen Interessen das Recht auf eine Flotte haben. Was den Vorwurf anlangt, ich triebe Weltpolitik, so glaube ich, gerade die richtige Mitte zwischen der Politik der Herren links und den Anschauungen des Herrn Hasse zu halten, den ich eben mir gegenübersehe. (Heiterkeit.) Ich suche mich also fernzuhalten von der Kirchturmpolitik des Herrn Ledebour, die nur eine Schneckenpolitik ist und bei der er vergißt, daß das Schneckenhaus zertreten werden kann. Ich hüte mich auch vor einer Politik der Ueberspannung der Gefühlungswallungen und lasse mich nur von nüchternen Erwägungen der Interessen des deutschen Volkes leiten. Wenn diese Interessen Weltinteressen geworden sind, dann muß eben auch unsere Politik eine Weltpolitik sein; nicht im bonapartistischen Stile, sondern eine Weltpolitik, die die realen Interessen schützt, die sich ergeben aus der wirtschaftlichen Expansion des deutschen Volkes, wie sie seit der Einigung und Konsolidation der deutschen Nation stattgefunden hat. Bei der Politik in den preußischen Ostprovinzen handelt es sich um innere Angelegenheiten eines Bundesstaates, die nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Herr Ledebour beschäftigte sich auch wieder mit Sr. Majestät dem Kaiser. Ich glaube, daß ich bei der ersten Lesung des Etats doch genügend bewiesen habe, daß ich zu freier Aussprache über die Reden und über die Person Seiner Majestät bereit bin. Ich habe mir kein Blatt vor den Mund genommen, mich auch nicht gescheut, die Verantwortung zu übernehmen, auch für solche Kundgebungen, für die ich verfassungsmäßig die Verantwortung zu übernehmen nicht genötigt bin. Ich glaube aber auch, in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Hauses mich zu befinden, wenn ich sage, daß es gleichmäßig dem Wesen des konstitutionellen Staates, wie dem Buchstaben und Geist der Reichsverfassung entspricht, die unverantwortliche und unverletzliche Person des Reichsoberhauptes so selten wie möglich, und nur, wenn dringende Umstände vorliegen, in die Diskussion hineinzuziehen. (Beifall rechts.) Solche Umstände liegen nach den neulichen erschöpfenden Diskussionen nicht vor, und (mit erhobener Stimme) deshalb lehne ich es ab, Herrn Ledebour auf das Terrain zu folgen, welches er zu meinem Bedauern heute wieder beschritten. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Gamp (Reichsp.) dankt dem Reichskanzler besonders für diese letztere Erklärung (Lachen bei den Sozialdemokraten) und bekundet ihm das fernere Vertrauen seiner Freunde in der auswärtigen Politik. Seine Freunde würden auch, so wie bisher, für eine notwendige Vermehrung der deutschen Flotte stimmen. Redner bemängelt sodann, daß der Reichskanzler in der Frage des sogenannten „Klosettgesetzes" so rasch seine Ansicht gewechselt habe. In der Diätenfrage sei seine Fraktion geteilt, die Mehrheit derselben, darunter er selbst, seien gegen Diäten. Das neue Wahlreglement werde die Zahl der Proteste stark vermehren. Was den Antrag auf Revision der Wahlkreis-Einteilung anlange, so erweise sich Barth in diesem Falle wieder als Fahnenträger der Sozialdemokratie. Die Annahme des Antrags würde die Interessen des platten Landes schädigen; gerade das platte Land trage hauptsächlich die Lasten, vor allem die Militärlasten, viel mehr als die Städte. Redner geht dann noch sehr ausführlich auf die Zolltarif- und Handelsvertrags-Fragen ein und schließt mit der Aufforderung an den Reichskanzler, die bestehenden Handelsverträge so schleunig als möglich zu kündigen. — Abg. Jessen (Däne) führt Beschwerde über Landes-Verweisung dänischer Untertanen aus Nordschleswig aus ganz unzulänglichen Gründen, so z. B., weil der Sohn des Ausgewiesenen resp. Schwiegersohn sich an Wahlen in dänischem Sinne beteiligt habe. — Abg. v. Richthofen (kons.) vertritt im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Oertel den diätengegnerischen Standpunkt der Mehrheit der deutschkonservativen Partei. Ebenso erklärt er sich gegen jede Aenderung der Wahlreglements und gegen den Antrag Barth. — Abg. Dasbach (Zentr.) tritt für diese vom Vorredner bekämpften Forderungen ein und fordert bezüglich des Jesuitengesetzes ganze Arbeit, also dessen gänzliche Aufhebung. — Abg. Glebowski (Pole) kommt auf die Angelegenheit der polnischen Gymnasiasten zurück, denen die Einjährigen-Qualifikation entzogen wurde. Der Eid, den die Leute beim Eintritt in den Literarischen Verein schwören mußten, laute viel harmloser, als der neulich vom Kriegsminister verlesene Eid. Es liege hierbei eine Verwechslung vor mit einem studentischen Eid aus dem Jahre 1862. Redner geht dann auf die Marienburger Kaiserrede ein und zieht sich dabei wiederholte Ordnungsrufe zu, so wegen der Behauptung, wenn der Kaiser eine solche Rede halte, so sei das eine Pflichtverletzung des verantwortlichen Reichskanzlers. — Abg. Fürst Bismarck verteidigt nochmals seinen Standpunkt in der Diätenfrage. — Staatssekretär Graf Posadowsky trägt Glebowski, ob noch irgendwo sonst derartige Eide beim Eintritt in einen Literarischen Verein geschworen würden. Nirgends! — Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluß nach 6½ Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe seiner Rede über polizeiliche Mißgriffe sprach Minister v. Hammerstein sein Bedauern über den Fall des Fräulein von Becker in Wiesbaden aus, die wegen ihrer Kleidung verhaftet wurde. Der Polizeidirektor habe sie auch in einem Schreiben um Entschuldigung gebeten. Man müsse aber bedenken, daß, wenn Damen über den Rahmen des Ueblichen in ihrer Kleidung hinausgehen, sie sich leicht einer solchen Gefahr aussetzen. Es seien sicher Mißgriffe vorgekommen, die Fälle seien aber vielfach in der Presse übertrieben worden. Er habe Verfügungen getroffen, von denen er hoffe, daß sie eine Besserung des Verhältnisses zwischen Polizei und Publikum herbeiführen werden. Er werde die Polizei gegen unberechtigte Angriffe stets in Schutz nehmen; aber auf der anderen Seite auch unerbittlich gegen polizeiliche Uebergriffe vorgehen. Die Presse aber bitte er, für Verfehlungen einzelner Beamten nicht die ganze Polizei-Institution verantwortlich zu machen. Abg. Ernst (freis. Vereinig.) brachte dann den Fall des Landrats Willich zur Sprache. Auf dem blanken Ehrenschilde dieses Mannes liege nicht der geringste Makel. Willich sei bezüglich der Ostmarkenpolitik der Ansicht gewesen, daß vor allem eine Einigung der Parteien im Osten nötig sei, und er sei aus dem Bunde der Landwirte ausgetreten, weil das Verhalten des Bundes ihm einer solchen Einigung nicht förderlich erschienen sei. Seit dieser Zeit habe ihn der Bund der Landwirte auf das Schärfste bekämpft, und in diesem Kampfe sei Herr v. Willich von der Regierung im Stich gelassen worden. Dadurch sei er in den Tod getrieben worden. Minister Freiherr v. Hammerstein bestritt letzteres. Der Landrat Willich sei lediglich das Opfer

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterungs-) Molkerei-Anstalt „Sanitas" Max Winkler, Zwickauerstr. 26 Hofl. Königl. Hofl. des Königreichs Sachsen.